04. November 2021

Gewerkschaft der Polizei Landesbezirk Bayern

GdP-Führung zum Spitzengespräch bei der CSU-Fraktion im Bayer. Landtag

Mitte Oktober kam es zum erneuten Spitzengespräch im Bayerischen Landtag aufgrund des offenen Briefes der GdP Bayern an die Abgeordneten für Verbesserungen in der 3. QE. Landesvorsitzender Peter Pytlik, sein ständiger Vertreter Florian Leitner, stellv. Landesvorsitzender Dr. Andreas Vollmer und Organisationsleiter der GdP Bayern, Alexander Baschek trafen sich im

lem festgestellt wurde, muss angegangen und gelöst werden. Auf der Diskussionsgrundlage hinsichtlich der Hauptforderung nach einer stufenweisen Regelbeförderung nach A12 für Jeden, der das Studium erfolgreich abschließt kam man überein, einen gemeinsamen Fahrplan für die schrittweise Umsetzung zu erarbeiten.



Von links: Florian Leitner, stellv. GdP-Landesvorsitzender, Manfred Ländner, CSU, Alexander Baschek, GdP-Organisationsleiter, Peter Pytlik, GdP-Landesvorsitzender, Dr. Andreas Vollmer, stellv. GdP-Landesvorsitzender, Wolfgang Fackler, CSU

Bayerischen Landtag mit der CSU – Fraktion. Unter Führung des Vorsitzenden für Fragen des öffentlichen Dienstes, Wolfgang Fackler, Manfred Ländner stv. Vorsitzender des Ausschusses für innere Sicherheit und der Leiterin des Referats für Fragen des Öffentlichen Dienstes, Magdalena Matheis.

Die Kernforderung der GdP Bayern nach Verbesserungen für die 3. QE war Hauptthema des konstruktiven aber auch kontroversen Austausches. Die unbefriedigende Situation im gehobenen Dienst der Bayer. Polizei, welche einvernehmlich als Kernprob-



Die CSU-Politiker sicherten zu, das Problem in den kommenden Gesprächen anzugehen und signalisierten ihr Entgegenkommen. Die Forderung nach einer einheitlichen Polizei- und Sicherheitszulage von 300€ in einer schrittweisen Anhebung waren ein weiterer Schwerpunkt eines sehr offenen und beiderseits ehrlichen Diskurses.

Peter Pytlik bedankte sich mit einem Abschlussstatement, welches auf die besondere Situation der Bayerischen Polizei als Garant für Innere Sicherheit und Ordnung aufmerksam machte. Weitere Gespräche im Bayerischen Landtag sowie im zuständigen Innenministerium stehen an, womit wir unseren Einsatz auf höchster politischer und ministerieller Ebene für Eure Belange mit Nachdruck fortsetzen.

GdP Bayern - Wir für Euch / FLei-PPy



Trauer um Kollegin Karin "Kattl" Peintinger



Mit großer Bestürzung und Traurigkeit haben wir vom plötzlichen Tod von Kollegin Karin Peintinger erfahren. Karin war viele Jahre als Personalrätin und Gewerkschafterin für die Gewerkschaft der Polizei (GdP) tätig. Sie bekleidete bei der GdP Bayern das Amt der stellv. Landesvorsitzenden - Tarif - und bei der GdP Bezirksgruppe Niederbayern das Amt der stellv. Bezirksgruppenvorsitzenden - Tarif. Beim Örtlichen Personalrat beim Polizeipräsidium Niederbayern war sie lange Jahre stellv. Personalratsvorsitzende und Gruppensprecherin - Tarif. Auch im Hauptpersonalrat beim Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration setzte sie sich vehement für ihre "Tarifler" ein.

Karin überzeugte mit Fachlichkeit und Zielstrebigkeit. Sie galt als äußerst zuverlässige Kollegin und war überzeugtes GdP Mitglied. Ihr ging es in ihren Angelegenheiten immer um den Menschen. Unvergessen bleiben ihre Ansprachen bei den TV-L Streikmaßnahmen in München. In den letzten Jahren musste sie aufgrund gesundheitlicher Einschränkungen ihre Ämter niederle-

gen. Wir werden unsere "Kattl" nicht vergessen. Unser Mitgefühl gilt den Hinterbliebenen.

Für den GdP Landesbezirk Bayern Für die GdP Bezirksgruppe Niederbayern

Peter Pytlik Andreas Holzhausen
Landesvorsitzender Bezirksgruppenvorsitzender

In memoriam



Tarifrunde TV-L 2021: Zweite Verhandlungsrunde ergebnislos beendet

Wir brauchen Dich jetzt – weil wir handeln jetzt für morgen!!!



Auch die zweite Verhandlungsrunde der Gewerkschaften des

öffentlichen Dienstes mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) wurde am 2. November 2021 ohne Angebot der Arbeitgeber beendet.

Alle Angebote seitens der Gewerkschaften, das Thema Arbeitsvorgang bei dem problematisierten Justizbereich durch konkrete Gespräche anzugehen, wurden von den Arbeitgebern vom Tisch gewischt. Für sie seien alle strukturellen Verbesserungen für die Beschäftigten in dieser Tarifrunde erledigt, wenn die Gewerkschaften nicht zu umfassenden Verhandlungen zum Arbeitsvorgang für alle Beschäftigtenbereiche bereit wären. Für die Gewerkschaften des öffentliches Dienstes ein no go!

Die zwei Verhandlungstage hatten wenig mit wirklichen Tarifverhandlungen

zu tun. Hartnäckiges Leugnen von wirtschaftlichen Gegebenheiten, Schönreden der Preissteigerungsrate und Schlechtreden des Wirtschaftswachstums zeugen von dem Unwillen, sich ernsthaft mit den berechtigten Forderungen der Gewerkschaften von GdP, ver.di, GEW und IG BAU auseinanderzusetzen.

Der für Tarif zuständige stellvertretende Bundesvorsitzende



von zwölf Monaten.

Beschäftigte des Gesundheitswesens sollen tabellenwirksam monatlich 300 Euro mehr erhalten. Die Ausbildungsvergütungen sollen um 100 Euro angehoben werden.

René Klemmer zieht folgendes Fazit aus der zweiten Runde: "Was die Arbeitgeber in den letzten beiden Tagen abgeliefert

haben, ist eine Ohrfeige für alle Beschäftigten. Es gibt keine

konstruktiven Gespräche, sondern ein ständiges Abwehren unserer Vorschläge. So kommen wir keinen Millimeter weiter." Die Gewerkschaften fordern für die ca. 1,1 Mio. Tarifbeschäf-

tigten im öffentlichen Dienst der Länder eine Einkommenserhöhung um 5 %, mindestens aber 150 Euro bei einer Laufzeit

Das Tarifergebnis soll zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsemfängerinnen und -empfänger übertragen werden.

> Die Arbeitgeber haben mit ihrer Verweigerungshaltung bei den Verhandlungen eine massive Ausweitung der Warnstreiks bis zum nächsten Verhandlungstermin, der ab 27. November in Potsdam startet beginnt, zu verantworten.

> Wir als GdP Bayern werden uns solidarisch an möglichen Warnstreikmaßnahmen beteiligen. Wir bitten unsere GdP-Untergliederungen sich auf eine kurzfristige Mobilisierung einzustellen.







GdP fordert im Gespräch mit Innenminister Joachim Herrmann Qualifizierungsprogramm für Polizei-/Tarifbeschäftigte



Im Rahmen der letzten Hauptpersonalratssitzung wurden mit Innenminister Joachim Herrmann ausführlich die Problemfelder im Tarifbereich und beim Arbeitsund Gesundheitsschutz besprochen.

Hier stellte er klar, dass es im Stellenprogramm "Polizei 2025" der Bayerischen Polizei keine zusätzlichen Stellen geben wird! Er traf aber auch die Aussage, dass es bzgl. der Verteilung der zusätzlichen Stellen aus dem Stellenprogramm "Polizei

2025" den Präsidien vorbehalten ist, Schwerpunkte zu setzen. Dies gelte auch für Stellen im Tarif-/Polizeibeschäftigten- und den Verwaltungsbereich!

Nun liegt es im Zuständigkeitsbereich der einzelnen Polizeiverbände den Tarif- und Verwaltungsbereich zu stärken und die Schuld nicht immer dem StMI zuzuschieben.

Unser neuer Gruppensprecher Arbeitnehmer im Hauptpersonalrat, Reinhard Brunner, konnte unserem obersten Dienstherrn, fachlich fundiert, aktuelle GdP-Forderungen aus dem Tarifbereich aufzeigen. Seine Aussage: "Es wird Zeit, dass auch hier endlich etwas passiert!"

So ist es aus Sicht der GdP unabdingbar, aufgrund des demografischen Wandels auch bei unseren Polizeibeschäftigten (in den nächsten 10-15 Jahren werden 2/3 der Tarifbeschäftigten in Rente gehen) angemessene Qualifizierungsmaßnahmen zu initiieren. Zusätzliche Aufgabenmehrungen, mitunter auch durch das Stellenprogramm "Polizei 2025", werden seit Jahren nicht im erforderlichen Umfang in den Eingruppierungen berücksichtigt. Insbesondere in den unteren Entgeltgruppen sieht die GdP einen erheblichen Verbesserungsbedarf.

Unseren Kolleginnen und Kollegen im Tarifbereich kommt hier viel zu wenig Wertschätzung entgegen, nach teilweise über 40 Dienstjahren in der EG 5 oder darunter fehlt schlicht die Perspektive. Eine Höhergruppierung nach EG 6 ist hier das Mindeste!



Herr Staatsminister Herrmann schloss sich der Sichtweise der GdP an und versprach, hierzu entsprechende Gespräche mit dem Innen- und Finanzresort zu führen. Er gab auch sogleich den Auftrag an sein Ministerium den demographischen Wandel im Tarifbereich erheben zu lassen.

Bereits vor Wochen führte die GdP hierzu Gespräche mit den politisch Verantwortlichen, um dort für die Interessen der Tarifbeschäftigten nachdrücklich zu werben. Jetzt muss es unser Ziel sein, auch den Tarif- und Verwaltungsbereich zu stärken, vorhandene Defizite aufzuzeigen und Entwicklungspotenziale in Zukunft zu nutzen!

GdP – wir stehen ein für Wertschätzung von Polizeibeschäftigten!

GdP: Cannabis-Legalisierung gefährlicher Irrweg

"Die Gewerkschaft der Polizei Bayern hält die Legalisierung und Freigabe von Cannabis für einen gefährlichen Irrweg", so der Landesvorsitzende Peter Pytlik. "Cannabis ist bekanntermaßen die Einstiegsdroge Nr. 1 und führt nach Aussagen von Fachleuten immer öfter in die Abhängigkeit, ganz abgesehen von den gesundheitlichen Gefahren, die damit einhergehen. Wir sehen das sehr kritisch und sind sehr verwundert und irritiert, wie die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Katharina Schulze, am 20.10.2021 in der BR-Sendung 'Kontrovers' die Freigabe - trotz Warnungen von Fachleuten und Wissenschaftlern - vehement verteidigte", so Pytlik.

"Es ist ein Irrglaube, dass die Legalisierung eines verbotenen Stoffes die damit in Verbindung stehende Kriminalität reduziere. In Kanada und Holland sind die Legalisierungsprojekte gescheitert. Die Politik in Holland hat zwischenzeitlich erkannt, dass die damalige Entscheidung ein gefährlicher Irrweg ist, der mit erheblichen Risiken und Problemen einhergeht."

Holland hat sich zum größten Drogenumschlagplatz in ganz Europa entwickelt. Die Drogenmaffia macht sich überall breit, sobald man ihr den Raum dazu lässt. In den Niederlanden sind nicht nur paradiesische Zustände für die Produktion von Cannabis, sondern auch für andere Drogen entstanden. In Kanada hat sich die Zahl der Erstkonsumenten von Cannabis innerhalb eines Jahres fast verdoppelt! Dort hat sich eine Marihuana-Lobby auch durch politischen Rückenwind durchgesetzt. Allein die Konsequenzen der Legalisierung von Cannabis auf den Bereich des Straßenverkehrs sind erschreckend: In einer Befragung gab dort z.B. jeder vierte Cannabis-Nutzer zu, bereits einmal unter Drogeneinfluss gefahren zu sein!

"Wir brauchen keine Liberalisierung, sondern deutlich mehr Präventionsbemühungen und Aufklärung um junge Menschen überhaupt nicht erst in die Gefahr eines Drogenkonsums zu bringen. Dies sollte das Ziel einer möglichen linksliberalen Regierung sein", so Landesvorsitzender Pytlik abschließend.

GdP fordert Verbesserungen im Arbeits- und Gesundheitsschutz

Anlässlich eines Gespräches der GdP-Hauptpersonalräte mit unserem Innenminister Joachim Herrmann konnten wir bei unserem obersten Dienstherrn massive Defizite im Bereich des Arbeits- und Gesundheitsschutzes ansprechen.

Hintergrund waren fachliche Ausführungen von unserem neuen Gruppensprecher Arbeitnehmer im Hauptpersonalrat, Reinhard Brunner, der auszugsweise verschiedene Problematiken im Arbeits- und Gesundheitsschutz aufzeigte.

Hier nannte er beispielhaft die fehlenden arbeitsmedizinischen Vorsorgeuntersuchungen für Brandermittler oder die Pflichtuntersuchung G20-Lärm, etc., ebenso wie die seit dem Jahre 2016 nicht weiterentwickelte Gefährdungsbeurteilung (GBU) der Bayerischen Polizei! Arbeitsaufträge aus den daraus entstandenen 32 Handlungsfeldern sind seit 2016 nur unzureichend bearbeitet worden. Die Erhebung der psychischen Belastungen innerhalb der GBU, die seit dem Jahre 2013 gesetzlich gefordert ist, ist noch nicht einmal in Auftrag gegeben!

Hier sind Fehlentwicklungen klar erkennbar! Wie wichtig ein funktionierender Arbeits- und Gesundheitsschutz im Bereich der Bayerischen Polizei gewesen wäre, sehen wir ganz klar innerhalb der Pandemiezeiten z.B. bei fehlenden Arbeitsschutzgrundlagen wie bspw. Pandemieplan, Beschaffung fehlerhafter Schutzmasken, usw. Beispielhaft nannte GdP Hauptpersonalrat

Reinhard Brunner auch die vom Gesetzgeber geforderte Mindestpersonalstärke an Fachpersonal wie z.B. Fachkräften für Arbeitssicherheit und Fachärzte für Arbeitsmedizin, die derzeit bei Weitem nicht ausreichen. GdP-interne Berechnungen ergeben hier, dass für einen funktionierenden Arbeits- und Gesundheitsschutz bei der Bayerischen Polizei mindestens 35 Vollzeitstellen (derzeit 12) für bestellte Fachkräfte für Arbeitssicherheit und mindestens 15 Vollzeitstellen (derzeit 3) für bestellte Fachärzte für Arbeitsmedizin von Nöten sind! Hier ist aber die Personalmehrung aufgrund dem Stellenprogramm "Polizei 2025" noch gar nicht mit eingerechnet!

Die GdP stellt klar – kein minderwertiger Gesundheitsschutz im Vollzugs- und Verwaltungs-bereich zu Lasten der Gesundheit der Beschäftigten! Prävention muss endlich auch bei der Bayerischen Polizei Einzug finden! Es wird Zeit, dass auch hier etwas passiert!

Herr Staatsminister Herrmann schloss sich der Sichtweise der GdP an und versprach, hierzu ent-sprechende Gespräche mit dem Innen- und Finanzresort zu führen. Er gab auch sogleich den Auftrag an das StMI die Defizite im personellen Bereich des Arbeits- und Gesundheitsschutzes zu beseitigen.

GdP - Unser Ziel ist der uneingeschränkte Gesundheitsschutz für alle Polizeibeschäftigten!

Innenminister Herrmann gedenkt 10. Jahrestag der Ermordung von PHM Mathias Vieth

Anlässlich des 10. Todestags von Polizeihauptmeister Mathias Vieth hat Bayerns Innenminister Joachim Herrmann heute gemeinsam mit Angehörigen sowie Kolleginnen und Kollegen Vieths der schrecklichen Ermordung gedacht. Auf der Gedenkveranstaltung am Tatort im Augsburger Siebentischwald haben Landespolizeidekan Andreas Simbeck und Kirchenrätin Marion Seidel eine Gedenktafel gesegnet, die an einem Gedenkstein angebracht ist. Außerdem legten der Innenminister und Polizeipräsident Michael Schwald am Gedenkstein einen Kranz nieder. "Wir werden Mathias Vieth niemals vergessen und ihm ein ehrendes Andenken bewahren", betonte Herrmann, dem die Tat immer noch sehr nahegeht. "Er war ein Polizist mit Leib und Seele, hochengagiert und hilfsbereit." +++

Am 28. Oktober 2011 wurde Polizeihauptmeister Mathias Vieth (41) bei einer Polizeikontrolle von zwei Schwerverbrechern kaltblütig erschossen. Er zählt damit zu den 64 Polizisten, die seit 1945 in Ausübung ihres Dienstes ihr Leben durch eine Gewalttat verloren haben. Seine damals 30-jährige Streifenkollegin erlitt einen Streifschuss. Die Polizei konnte die Täter, ein Brüderpaar, zwei Monate später festnehmen. Sie wurden zu lebenslanger Haft verurteilt. Dabei wurde auch die besondere Schwere der Schuld festgestellt.

Der Innenminister beklagte die seit Jahren zunehmende Gewalt: "Unsere Polizistinnen und Polizisten werden immer häufiger angegriffen." Mit rund 8.600 Fällen physischer und psychi-

scher Gewalt gab es 2020 laut Herrmann einen neuen traurigen Höchststand in Bayern. Mehr als die Hälfte der Angriffe waren körperliche Gewalt (4.746, +5,4 Prozent). 2.809 Polizistinnen und Polizisten wurden dadurch verletzt (+8,2 Prozent). Sechs Angriffe auf Polizeibeamte mussten sogar als versuchte Tötungsdelikte eingestuft werden, drei mehr als 2019.

"Es ist erschütternd, mit welchem Hass und mit welcher Brutalität unsere Polizistinnen und Polizisten oftmals konfrontiert werden", erklärte der Innenminister. "Wir müssen bestmöglich diejenigen schützen, die tagtäglich uns schützen!" Dazu gehören nach Herrmanns Worten vor allem harte Strafen für die Gewalttäter. Außerdem habe der Freistaat in den vergangenen Jahren mit rund 120 Millionen Euro erheblich in die Ausstattung der bayerischen Polizeikräfte und damit auch in deren Schutz investiert. Neben der neuen Uniform sowie der ballistischen Schutzausrüstung wurden beispielsweise für alle Einsatzkräfte neue Einsatzstöcke und neue Dienstpistolen SFP9 beschafft. Außerdem hat die Bayerische Polizei seit Ende letzten Jahres bayernweit mehr als 1.700 Body Cams im Einsatz.

Quelle: Pressemitteilung des Bayer. StMI vom 28.10.2021



WAS WICHTIG IST ZU SONDERKONDITIONEN



OPTIMAL VERSICHERN! GdP Service GmbH

Die SIGNAL IDUNA hat eine neue Produktgeneration in der Sach-/Haftpflichtversicherung herausgebracht – mit speziellen Vorteilen für GdP-Mitglieder.

Noch nie war es so einfach, große und kleine Lieblingsstücke oder auch das eigene Dach maßgeschneidert zu versichern. In der Haftpflichtversicherung beträgt die Deckungssumme sogar bis zu 75 Mio. Euro!

Leistungs-Highlights:

- wahlweise Zeitwert- oder Neuwertentschädigung
- viele Zusatzbausteine zum Beispiel: "Tiere", "Auto", "Dienst-/Amtshaftpflicht", "Fahrrad" und "Smart Home"
- Variante "Premium" mit weiteren Modulen: "Diebstahlpaket", "Zusatzleistungen" usw.
- Hausratsversicherung ohne umständliche Wertermittlung sondern nach korrekter
 Quadratmeterzahl und das ohne Höchstentschädigungsgrenzen

•	unc	vie	PS	me	hr
•	uno	vie	162	1116	ш

Euer Ansprechpartner: Christian Burghard Christian.Burghard@Signal-Iduna.de Telefon: 0151/24171969 BESTES PREIS-LEISTUNGS-LEISTUNGS-VERHÄLTNIS! WARKTHÖCHSTE MARKTHÖCHSTE DECKUNGS-SUMME!



Schnell Beratungstermin ausmachen, informieren und vergleichen! Es lohnt sich!

Coupon bitte ausfüllen und per Mail, Fax oder Brief senden an: GdP Service GmbH · Hansastr. 17 · 80686 München · Fax 089/578388-21 · info@gdpservicegmbh.de · www.gdpservicegmbh.de

lch interessiere mich für die Beratung "Sach-/Haftpflichtversicherung" bei der SIGNAL IDUNA und bin damit einverstanden, dass mich ein SIGNAL IDUNA Berater kontaktiert: Telefon E-Mail Persönlicher Besuch Ich bin bereits bei der SIGNAL IDUNA versichert.						
Name, Geburtsdatum	Telefon					
Straße, Hausnummer	PLZ, Ort					
Datum, Unterschrift	E-Mail					

© kwanchaift-stock.adobe.com